



# Fraktion im Kreistag



AFra\_HM-PY \* Bergstr. 53 \* 31840 Hessisch Oldendorf

AfD-Fraktion im  
Kreistag Hameln-Pyrmont

Bergstr. 53  
31840 Hessisch Oldendorf

Mobil 0152-07605025

Fax 05152-527136

[jschoenbrodt@web.de](mailto:jschoenbrodt@web.de)

DWZ

12.06.2018

## Pressemitteilung

Einladung vom 30.05.2018 zum Ramazan-Fest am 15., 16. und 17. Juni in Hameln

Wir, die Mitglieder der AfD-Fraktion im Kreistag Hameln-Pyrmont, sind grundsätzlich bereit, mit jeder gesellschaftlichen Gruppe in unserem schönen Weserbergland in Kontakt zu treten. Voraussetzung dafür ist, dass diese Gruppe die grundlegenden Werte unserer demokratischen Grundordnung, unser Grundgesetz und die Menschenrechte vorbehaltlos akzeptiert.

Wir kennen den Koran in der von maßgeblichen moslemischen Persönlichkeiten anerkannten Übersetzung gut und vermissen sehr die schriftlichen und mündlichen, verbindlichen Stellungnahmen zur Gültigkeit all jener Suren, die den teilweise brutalen Umgang insbesondere mit Juden und Christen, aber auch Apostaten u.a. regeln.

Zur Klärung dieses Verhältnisses erbitten wir von den 3 einladenden islamischen Gemeinden und dem HRH folgende öffentliche Erklärungen:

- Kairoer Menschenrechtserklärung  
Die Kairoer Menschenrechtserklärung vom 05.08.1990 – angenommen von 45 islamisch geprägten Staaten – stellt die Menschenrechte unter Vorbehalt der Scharia, insbesondere
  - das Recht auf Leben,
  - das Recht auf körperliche Unversehrtheit,
  - das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Wir erwarten, dass sich die einladenden islamischen Organisationen öffentlich vom Schariavorbehalt der Kairoer Erklärung, sowie von der Anwendung der Scharia in menschenrechtsverletzenden Passagen distanzieren sowie die vorbehaltlose und vollumfängliche Akzeptanz der Menschenrechte - im Sinne der am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Erklärung - postulieren.

- Gleichberechtigung der Frau  
Das Grundgesetz Art. 3(2) garantiert die Gleichberechtigung der Frau. Hierzu stehen diesbezügliche Suren des Korans und Aussagen der Hadithe deutlich im Widerspruch. Unsere Frauen müssten ihre hart erkämpfte Gleichberechtigung an den Nagel hängen und würden zum willfährigen Objekt, ja sogar rechtlosen Eigentum des Mannes, degradiert werden.

Es wird erwartet, dass die islamischen Gemeinden diese Formulierungen des Korans und der Hadithe für sich für ungültig erklären.

Durch die Abgabe dieser Erklärungen wird deutlich, dass unsere moslemischen Mitbürger sich unseren gemeinsamen Werten und unserem Grundgesetz verpflichtet fühlen, Parallelgesellschaften ablehnen und sich gemeinsam mit uns dafür einsetzen, dass Christen in islamischen Ländern endlich genauso viele Rechte erhalten, wie Muslime bei uns.

Daher nehmen wir nach Abgabe einer konkreten Erklärung die Einladung zum Ramazanfest gerne an.

Mit freundlichem Gruß,

*gez. Dr. Jürgen Schönbrodt*

*Vors. AfD-Fraktion*